

Vorlage Nr. AfJFF 10/2024		
für die Sitzung des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauen am 16.05.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Stellenbedarf Kinderförderung Schwerpunktgruppen - Hier: Zusätzliche Stellen (drittmittelfinanziert)

A Problem

Auf Grundlage der Rahmenvereinbarung über die Struktur, Erbringung Finanzierung und Kostenteilung von Eingliederungshilfen für behinderte Kinder (bis Schuleintritt) durch inklusive Kindertageseinrichtungen zwischen dem Land Bremen und der Stadtgemeinde Bremerhaven erfolgt eine Strukturförderung für die sogenannten Schwerpunkteinrichtungen.

Aktuell finanziert das Land in der Stadtgemeinde Bremerhaven 308 Plätze.

Gemäß dieser Vereinbarung ist u. a. vereinbart, dass Abweichungen in einem Verhältnis von +/- 5 % der Platzkapazitäten durch eine örtliche Steuerung ausgeglichen und personell und finanziell kompensiert werden. In diesem Rahmen wurde zum 01.08.2023 eine weitere Gruppe mit vier Schwerpunktplätzen eingerichtet.

In der aktuellen Anmeldesituation für die Aufnahmen zum 01.08.2024 hat sich ein weiterer Bedarf an Schwerpunktplätzen gezeigt. Insgesamt ist von vier zusätzlichen Gruppen mit 16 weiteren Plätzen auszugehen, sodass im Ergebnis 328 Schwerpunktplätze in Bremerhaven zur Verfügung stünden. Drei dieser Gruppen sollen in Einrichtungen des Magistrats und eine Gruppe beim freien Träger umgewandelt werden.

Für die Einrichtung der weiteren Schwerpunktgruppen beim Magistrat besteht ein zusätzlicher Stellenbedarf von insgesamt 3,6 Stellen TVöD S8b.

B Lösung

Das Amt für Jugend, Familie und Frauen richtet jeweils eine weitere Schwerpunktgruppe in der Kindertagesstätte Batteriestraße, Poststraße und Otto-Oellerich-Straße ein.

Die Finanzierung erfolgt nach Verhandlungen mit dem Land auf Grundlage der o.g. Rahmenvereinbarung.

Um sicherstellen zu können, dass allen Kindern mit drohenden oder bestehenden Behinderungen ein entsprechender Platz angeboten werden kann, ist durch den Personal- und Organisationsausschuss der überplanmäßige, drittmittelfinanzierte Bedarf von 3,6 Stellen mit vorheriger Zustimmung des Fachausschusses zu bewilligen.

Derzeit ist davon auszugehen, dass dieser Bedarf dauerhaft besteht und ein Stellenplanantrag hierfür zu den Stellenplanberatungen eingebracht werden muss.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlages

Anteil der Landesfinanzierung: 84,50 % = 213.670,- Euro.

Anteil der kommunalen Finanzierung: 15,5 % = 39.196,- Euro.

Haushaltsstelle 6472/428 01.

Grundlage für die Kostenermittlung: Durchschnittliche Personalhauptkosten 2024.

Die besonderen Belange von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen wurden überprüft und die Beteiligung an sie betreffenden Themen dokumentiert. Schwerpunktgruppen bilden eine entscheidende Grundlage für die Teilhabe von Kindern mit drohenden oder bestehenden Behinderungen auf Erfüllung ihres Rechtsanspruches.

Genderrelevante Aspekte sind nicht betroffen. Anhaltspunkte für klimaschutzrelevante Auswirkungen bestehen nicht. Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger sind in besonderer Weise nicht betroffen.

Die Belange von Menschen mit Behinderungen sind in besonderer Weise betroffen, da die ausreichende Schaffung von Schwerpunktplätzen und die sich daraus ergebende Begleitung durch den Trägerübergreifenden begleitenden Fachdienst für Schwerpunkteinrichtungen die Teilhabe von Kindern mit drohenden und bestehenden Behinderungen an der Kindertagesbetreuung ermöglicht.

Belange des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht festgestellt.

E Beteiligung / Abstimmung

Personalamt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG erfolgt durch das Dezernat III.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen stimmt dem überplanmäßigen anerkannten Bedarfen – vorbehaltlich der Drittmittelfinanzierung - und dem Stellenplanantrag zu. Er empfiehlt dem Personal- und Organisationsausschuss die Zustimmung.

Günthner
Stadtrat

Stellenplanantrag 2025